



Blücherstr. 7a
75177 Pforzheim
Telefon: 07231/52 792
Fax: 07231/53 291
fdp-pf-enz@t-online.de

Pforzheim, den 28. Januar 2011

Newsletter Januar 2011
„Aus dem Dioxin-Skandal die richtigen Konsequenzen ziehen“

Liebe Mitglieder, Freunde und Interessierte der FDP,

viele Verbraucher sind angesichts des Dioxin-Skandals verständlicherweise verunsichert, was sie noch essen können und was nicht. Darum zunächst die halbwegs gute Nachricht: Das Bundesamt für Risikobewertung hat klargestellt, dass es auf der Grundlage der vorliegenden Untersuchungsergebnisse definitiv keine akute Gesundheitsgefahr für die Verbraucher sieht.

Was der Vorfall aber ganz klar zeigt, sind erschreckende Lücken in der Lebens- und Futtermittelüberwachung. Aus meiner Sicht muss sichergestellt werden, dass die komplette Produktionskette durchgängig kontrolliert und zertifiziert wird und zwar vom Feld bis zum Teller. Wichtig ist, dass die dort verwendeten Produkte auch regelmäßig überwacht und kontrolliert werden. Betriebszertifizierung und Lebensmittelkontrolle müssen deshalb Hand in Hand gehen. Für dieses Sicherheitsnetz ist allerdings eine höhere Effizienz der Lebensmittelkontrolle nötig. Denn es darf nicht passieren, dass auf dem Umweg der Futtermittel mit Dioxin belastete Lebensmittel an den Verbraucher gelangen.

In diesem Sinne haben die christlich-liberale Bundesregierung und die Verbraucher- und Agrarminister der Bundesländer ein 14-Punkte-Programm beschlossen, das nun zügig umgesetzt wird. Zu den Maßnahmen gehört eine Zulassungspflicht von Futtermittelbetrieben, an die schärfere Qualifikationsvoraussetzungen gebunden sind. Auch sollen die Produktionsströme stärker getrennt werden, um zukünftig eine Vermischung von technischen Fetten mit Futterfettsäuren zu verhindern. Das heißt, zukünftig müssen die Produktionsströme klar getrennt sein. Futterfette dürfen nicht mehr in Anlagen verarbeitet werden, in denen auch technische Fette verwendet werden.

Darüber hinaus wird die Bundesregierung auf europäischer Ebene darauf hinwirken, dass es eine Positivliste für Futtermittel gibt, welche Bestandteile in Futtermitteln verarbeitet werden dürfen – also eine Art Reinheitsgebot für Futtermittel. Damit bei kriminellen Machenschaften wie im Falle des Futtermittelherstellers Harles und Jentzsch am Ende nicht die Landwirte die finanziell Leidtragenden sind, weil sie ihre Produkte nicht mehr verkaufen können, wird es zukünftig schärfere Auflagen für die Absicherung des Haftungsrisikos von Futtermittelunternehmen geben.

Um kriminellen Machenschaften im Bereich der Futtermittelherstellung wirksam zu verhindern, brauchen wir einen Mix aus besserer Strafverfolgung, härteren Strafen und besseren Kontrollen. Bei den Staatsanwaltschaften werden künftig Schwerpunktstaatsanwaltschaften zur Verfolgung von Verstößen gegen das Lebensmittel- und Futtermittelstrafrecht gebildet. Dazu wird eine Verschärfung des Strafrahmens bei Verstößen gegen das Lebensmittel- und Futtermittelgesetzbuch geprüft. Denn wir müssen sicherstellen, dass diejenigen, die kriminell handeln, erwischt und zur Rechenschaft gezogen werden.

Ganz wichtig dafür ist auch die Verbesserung der Kontrollen. Denn wir müssen die Chance erhöhen, bei illegalen Praktiken erwischt zu werden. Daher wird es weitere rechtliche Vorgaben für die Eigenkontrollen der Unternehmen geben, ebenso wie eine Meldepflicht bei Unregelmäßigkeiten – auch bei privaten Laboren. Denn der aktuelle Skandal hätte in seinem Ausmaß erheblich reduziert werden können, wenn die Untersuchungsergebnisse von Eigentests bereits früher hätten den zuständigen Landesbehörden in Niedersachsen gemeldet werden müssen. Dann wäre eine Ausbreitung des Dioxin-verseuchten Futters früher gestoppt worden.

Zudem werden auch die staatlichen Kontrollen durch länder einheitliche Vorgaben gestärkt. Außerdem wird die Kontrolle der Kontrolle gestärkt, da nicht mehr die kontrollführenden Landesbehörden sich selbst kontrollieren, sondern jeweils eine Landesbehörde kontrolliert die eines anderen Bundeslandes. So wird zum Beispiel das System der Lebensmittelkontrollen in Bayern durch Kontrolleure aus Baden-Württemberg gegengeprüft werden. Auch wird es eine Art PISA-Studie zu den Lebensmittelkontrollen geben, um für einen Wettbewerb um mehr Qualität bei der Lebensmittelkontrolle zwischen den Bundesländern zu sorgen.

Für mich als Verbraucherschutzpolitischen Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion ist darüber hinaus die Transparenz für die Verbraucher äußerst wichtig. Deswegen wird der Dioxin-Skandal auch Auswirkungen auf die Novellierung des Verbraucherinformationsgesetz (VIG) haben. Zukünftig werden Überschreitungen von Grenzwerten und Verstöße gegen das Lebens- und Futtermittelgesetzbuch durch die zuständigen Landesbehörden veröffentlicht werden müssen. Bisher lag eine Veröffentlichung im Ermessen der Behörden. Die christlich-liberale Koalition ist sich aber einig, dass wir die Verbraucher schneller und unbürokratischer informieren müssen. Schwarze Schafe müssen schneller genannt werden. Insofern begrüße ich die Vorschläge der Verbraucherministerin.

Allerdings müssen wir auch über den Dioxin-Skandal hinaus schauen und aufpassen, dass das VIG nicht zu sehr nur auf die derzeitige Krise zugeschnitten wird und dabei wichtige weitere Aspekte außer Acht gelassen werden.

Genau das Gegenteil eines effizienten Verbraucherschutzes betreibt allerdings derzeit die Opposition. Allen voran die Grünen nutzen den Skandal, um mit unhaltbaren Argumenten gegen die unternehmerische Landwirtschaft Stimmung zu machen und ihre Klientel in den Himmel zu heben. Schaut man sich aber einmal die Dioxin-Belastung bei Eiern genauer an, so stellt man fest: Eier von Hühnern aus Freilandhaltung sind im Durchschnitt höher mit Dioxin belastet als solche aus Käfighaltung. Jetzt den Skandal um verseuchtes Futtermittel dazu nutzen, um Lobbypolitik für spezielle Produkte zu betreiben, ist also weder redlich, noch für die Gesundheit der Verbraucher sinnvoll.

Man muss festhalten: Im vorliegenden Skandal waren extreme kriminelle Machenschaften am Werk. Dies hat nichts mit der Struktur oder dem System der Landwirtschaft zu tun. Deshalb ist es jetzt auch falsch, einen Keil zwischen verschiedene Produktionsformen in der Landwirtschaft treiben zu wollen. So sieht weder effiziente Landwirtschaftspolitik, noch effizienter Verbraucherschutz aus!

Ihr

Professor Dr. Erik Schweickert MdB

Stellvertretender Kreisvorsitzender